

## **Chance für starkes Bundesjagdgesetz vertan**

**– DJV: gemeinsame Eckpunkte der Länder fürs Jagdrecht wünschenswert –**

Bewährte Regelungen beibehalten und gleichzeitig ein möglichst einheitliches Jagdrecht in Deutschland schaffen: Auf dieser Basis hat der DJV sich in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass die Jagd auch nach der Föderalismusreform auf Augenhöhe mit Natur-, Tierschutz- und Umweltrecht bleibt. Die Reform hatte 2006 zur Folge, dass der Bund ein neues Jagdgesetz erlassen kann, es aber nicht muss. Davon können die Länder abweichen, müssen aber nicht. Deshalb sprechen die Experten von einer konkurrierenden Gesetzgebung. Völlig offen ist bis vor kurzem geblieben, ob Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer von seinem Vorrangsrecht Gebrauch macht und ein umfassendes Bundesjagdgesetz erlässt.

Vor diesem Hintergrund hat das DJV-Präsidium bereits 2006 einstimmig beschlossen, ein Diskussionspapier für die Politik zu entwickeln – mit dem Ziel, einheitliche jagdrechtliche Regelungen auf Bundesebene zu erhalten und mehr als bisher zu harmonisieren. Das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium hat daraufhin Anfang 2007 eine Initiative gestartet, um mit den Landesregierungen die politischen Chancen für eine Anpassung des Bundesjagdgesetzes auszuloten.

Bundesminister Seehofer will diese Initiative aber nicht weiter verfolgen, wie er auf dem Landesjägertag in Bayern kürzlich verkündete. Damit wurde nach Auffassung des DJV eine einmalige Chance vertan, die Jagdgesetzgebung bundesweit zu vereinheitlichen. Vielmehr kann dies künftig zu einer Schwächung und Zersplitterung führen.

Hiervor warnte auch die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad auf dem Landesjägertag Anfang Mai in Bad Kreuznach und bedauerte, dass Minister Seehofer die Chance auf ein starkes Bundesjagdgesetz leichtfertig verspielt habe. Conrad machte gleichzeitig deutlich, dass sie sich bei ihren Länderkollegen für einvernehmlich beschlossene Eckpunkte zum Jagdrecht in Deutschland stark machen werde, die alle Länder in ihren Jagdgesetzen berücksichtigen wollen.

DJV-Präsident Borchert begrüßte dieses Vorhaben. Er sagte zu, gemeinsam mit den Landesjagdverbänden eine solche Initiative tatkräftig zu unterstützen, um die Jagd zukunftssicher zu machen. Eine gute Grundlage für die kommenden Beratungen und Gespräche bietet das DJV-Diskussionspapier. Das DJV-Präsidium hat bereits einstimmig dafür plädiert, dieses als Grundlage für eine mögliche Änderung der Landesgesetze zu nutzen, falls länderseitige Regelungen unumgänglich sind.

Nur so könne verhindert werden, dass in Zukunft elementare Pfeiler des weltweit anerkannten deutschen Jagdrechts wie die Pflichtmitgliedschaft in Jagdgenossenschaften oder das Reviersystem ins Wanken geraten, bekräftigte Borchert. Mit einem Flickenteppich von jagdrechtlichen Regelungen werde sich Deutschland auf europäischer Ebene zudem nur schwer Gehör verschaffen.